

Niederschrift

**Ausschuss für Umwelt, Klima, Naturschutz,
Energie und Entsorgung**
vom 21.04.2026

Sitzungsort: Kreishaus in Steinfurt - Großer
Sitzungssaal - Raum C177

3. Sitzung in der 18. Wahlperiode

Anwesende Ausschussmitglieder:

Herr Christoph Borgert	CDU
Herr Kai Brehe	GRÜNE
Frau Barbara Drees-Löpmeier	SPD
Herr Prof. Dr. Eckhard Finke	CDU
Herr Norbert Fluchtmann	LINKE
Herr Wilfried Grunendahl	CDU
Frau Petra Huwer	CDU
Herr Frank Kaldemeyer	CDU
Herr Ingo Krabbe	CDU
Herr Kai Kunz	FDP
Frau Helga Niedoba	CDU
Herr Martin Ostermann	fraktionslos
Herr Michael Pröbsting	AfD
Herr Karl Reinke	GRÜNE
Herr Christian Schare	SPD
Herr Frank Sundermann	SPD
Herr Klaus Triebel	SPD
Herr Niklas van Stein	CDU
Herr Hartmut Voigt	UWG
Frau Gabriele Weckenbrock	SPD
Frau Silke Wellmeier	GRÜNE

Verwaltungsmitglieder:

Frau Meike Graefe
Herr Carsten Rehers
Herr Udo Schneiders
Frau Silke Wesselmann

Abwesende Ausschussmitglieder:

Herr Robert Everwand	CDU
Frau Wiltrud Kampling	GRÜNE

Tagesordnung:

B. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.02.2026
2. Informationen aus dem Naturschutzbeirat
Vorlage: I 023/2026
3. Befreiung gem. § 67 BNatSchG von dem Verbot zur Errichtung von Bauwerken aller Art im Landschaftsschutzgebiet „Herthasee – Heiliges Meer – Bad Steinbeck“ entsprechend der „Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Tecklenburg“.
Vorlage: B 057/2026
4. Moorschutzstrategie für den Kreis Steinfurt
Vorlage: B 048/2026
5. Einrichtung einer zu 90 % mit Bundesmitteln geförderten Personalstelle für Aufgaben des Moorbodenschutzmanagements zur Umsetzung der Moorschutzstrategie des Kreises Steinfurt (Förderrichtlinie InAWi)
Vorlage: B 049/2026
6. Beantragung und Durchführung des Moorschutzprojekts „Wiedervernässung und Renaturierung des Recker Moors“ (Förderrichtlinie „1000 Moore“)
Vorlage: B 050/2026
7. Klimaschutzprogramm 2025-2030
Vorlage: B 036/2026
8. Klimafonds Förderung 2026 - inhaltliche Ausrichtung
Vorlage: B 042/2026
9. Informationen
- 9.1. Aktuelles aus dem Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit
Vorlage: I 020/2026
- 9.2. Klimaschutzbericht 2025
Vorlage: I 024/2026

- 9.3. Information zum aktuellen Stand der Waldstrategie Kreis Steinfurt
Vorlage: I 029/2026
- 9.4. Information zum aktuellen Stand der Landschaftsplanung im Kreis Steinfurt
Vorlage: I 030/2026
- 10. Anfragen

B. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.02.2026

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.02.2026 wird einstimmig festgestellt.

Nach der Zustimmung zur Nutzung des Programms „Speechmind“ leitet Herr Brehe die Vereidigung eines sachkundigen Bürgers ein.

Im Anschluss stellt Christoph Felix sich kurz vor, der zukünftig den Ausschuss betreuen wird.

2. Informationen aus dem Naturschutzbeirat Vorlage: I 023/2026

Herr Lagemann, der neu gewählte Vorsitzende des Naturschutzbeirats, erläutert die Zusammensetzung und Aufgaben des Beirats und plädiert für einen regelmäßigen Austausch mit dem Umweltausschuss, um die Anliegen des Naturschutzes in die politischen Entscheidungsprozesse zu integrieren. In den ersten beiden Sitzungen seien mehrere Entscheidungen getroffen worden, insbesondere im Zusammenhang mit Befreiungen gemäß § 67 Bundesnaturschutzgesetz. So habe man einer Befreiung für eine Niederschlagswassereinleitungsstelle in Rheine sowie für den Betrieb von vier Schwimmstegen an der Ems in Emsdetten und Rheine zugestimmt. Auch ein Vorhaben in Greven, das die Verlegung einer Leitung im Naturschutzgebiet Emsaue Süd betrifft, sei nach intensiver Diskussion genehmigt worden. Weiterhin sei die Neuausweisung der ordnungsbehördlichen Verordnung für das Gebiet Haus Vortlage in Lengerich als geschützter Landschaftsbestandteil beschlossen worden. Abgelehnt mit deutlicher Mehrheit wurde allerdings die Befreiung von dem Verbot zur Errichtung von Bauwerken im LSG „Herthasee-Heiliges Meer-Bad Steinbeck“, auch wenn es sich um ein Projekt zur Nutzung von erneuerbarer Energie handelt.

3. Befreiung gem. § 67 BNatSchG von dem Verbot zur Errichtung von Bauwerken aller Art im Landschaftsschutzgebiet „Herthasee – Heiliges Meer – Bad Steinbeck“ entsprechend der „Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Tecklenburg“. Vorlage: B 057/2026

Herr Schneiders führt in die Vorlage ein, erläutert die Entscheidung für die ausgewählte Fläche zur Leitungsverlegung und hebt die Naturschutz- und Umsetzbarkeitsperspektiven hervor. Er betont, dass sehr intensiv geprüft worden sei,

ob die Dachflächen der bestehenden Gebäude für PV-Anlagen geeignet seien. Das sei im Grunde zu verneinen, auch reiche die Dachfläche quantitativ nicht aus.

Herr Reinke äußert Bedenken hinsichtlich der Genehmigung und der möglichen Nachahmung durch andere Unternehmen, während Herr Sundermann auf den Konflikt zwischen Naturschutz und erneuerbaren Energien hinweist und die Priorisierung von Dachflächen anmahnt. Herr Schneiders erläutert, dass jedes Vorhaben intensiv geprüft werde und es schon zu Ablehnungen gekommen sei. An dieser Stelle und in dem hier gegebenen Kontext sei eine Befreiung aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde möglich.

Herr Ostermann stellt die Frage, ob ausreichend geprüft worden sei, die Anlage außerhalb des Schutzgebietes errichten zu können. Herr Schneiders erläutert, dass der Eigentümer der betreffenden Fläche aufgrund der kurzen Wege für die Leitungsverlegung und der Tatsache, dass sich die Fläche in seinem Eigentum befindet, diese für die geplante Maßnahme ausgewählt habe. Er betont, dass diese Einzelfallentscheidung aus naturschutzrechtlicher Sicht und des überragenden öffentlichen Interesseses begründet sei.

I. Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss

Der Widerspruch des Naturschutzbeirates bei der unteren Naturschutzbehörde gegen die beantragte Befreiung gem. § 67 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) von den o. g. Verbot zur Errichtung von Bauwerken aller Art im Landschaftsschutzgebiet „Herthasee – Heiliges Meer – Bad Steinbeck“ zum Bau einer Freiflächenphotovoltaikanlage unter Einhaltung der in der Sachdarstellung dargestellten Bedingungen, wird als unbegründet angesehen.

Abstimmungsergebnis

Ja 14, Nein 7, Enthaltung 0, Befangen 0

4. Moorschutzstrategie für den Kreis Steinfurt Vorlage: B 048/2026

Herr Storch von der Biologischen Station stellt die Moorschutzstrategie anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation vor. Herr Fluchtmann fragt, ob es technisch möglich sei, Moorflächen zu erweitern, indem Torf von einer Fläche auf eine andere übertragen werde. Herr Storch erklärt, dass dies nicht praktikabel sei, da die Bildung von Torf mehrere Jahrhunderte dauere. Er betont, dass der Schutz bestehender Moorflächen Vorrang habe. Er erläutert, dass Moorbildung auf neu geschaffenen nassen Flächen möglich sei, dies jedoch ebenfalls sehr lange Zeiträume erfordere. Auf Nachfrage von Herrn Fluchtmann bestätigt er, dass auch Moorwälder und Wollgrasflächen zur Torfbildung beitragen könnten. Frau Wellmeier fragt nach, ob eine Doppelnutzung möglich wäre und inwieweit die abnehmende Regenmenge ein Problem darstelle. Herr Storch erläutert, dass eine Doppelnutzung (Paludikulturen) durchaus denkbar wäre, allerdings nicht für Hochmoorflächen, allenfalls für Niedermoorflächen. Er betont, dass Regen essentiell wichtig sei für die Erhaltung der Moore.

I. Beschlussvorschlag für den Kreistag

Der Aufstellung und Umsetzung der Moorschutzstrategie (Anlage 1) als Grundlage für eine weitere Optimierung der Hoch- und Niedermoore im Kreis Steinfurt im Sinne des Klimaschutzes sowie des Biotop- und Artenschutzes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

Ja 21, Nein 0, Enthaltung 0, Befangen 0

**5. Einrichtung einer zu 90 % mit Bundesmitteln geförderten Personalstelle für Aufgaben des Moorbodenschutzmanagements zur Umsetzung der Moorschutzstrategie des Kreises Steinfurt (Förderrichtlinie InAWi)
Vorlage: B 049/2026**

Herr Schneiders erläutert die Zielsetzungen und Aufgaben eines Moorbodenmanagements entsprechend der Vorlage. Er betont, dass es für eine wirkungsvolle Umsetzung der Moorschutzstrategie einen Kümmerer brauche. Seitens der uNB könne dieses nicht geleistet werden. Herr Fluchtmann erkundigt sich nach der organisatorischen Einbindung der neu zu schaffenden Stelle und fragt, ob die neue Position ebenfalls an der Biologischen Station angesiedelt werde. Herr Schneiders erklärt, dass die neue Stelle in der unteren Naturschutzbehörde angesiedelt werde, wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Biologischen Station vorgesehen sei. Er betont, dass die Aufgaben der neuen Stelle über die originären Tätigkeiten der Biologischen Station hinausgingen und daher eine Ansiedlung in der Kreisverwaltung sinnvoll sei. Herr Kunz fragt nach der Finanzierung der neuen Stelle im Kontext der aktuellen Haushaltssperre und den damit verbundenen Einsparungen von 15 Prozent. Er möchte wissen, ob die Mittel für die neue Stelle von der Haushaltssperre betroffen seien. Herr Rehers erklärt, dass die Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen würden und die Mittel für die neue Stelle im Haushalt bereits eingeplant seien.

I. Beschlussvorschlag für den Kreistag

Zur Umsetzung der Moorschutzstrategie des Kreises Steinfurt wird der Einrichtung einer auf 7 Jahre befristeten Personalstelle für Aufgaben des Moorbodenschutzmanagements bei der Kreisverwaltung in der unteren Naturschutzbehörde, vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Fördermittel über die Richtlinie InAWi, zugestimmt

Abstimmungsergebnis

Ja 21, Nein 0, Enthaltung 0, Befangen 0

**6. Beantragung und Durchführung des Moorschutzprojekts „Wiedervernässung und Renaturierung des Recker Moors“ (Förderrichtlinie „1000 Moore“)
Vorlage: B 050/2026**

Herr Schneiders führt in die Vorlage ein. Rückfragen gibt es keine.

I. Beschlussvorschlag für den Kreistag

Dem Projekt zur Wiedervernässung und Renaturierung des Reckers Moors mit einem Eigenanteil von voraussichtlich 30.000 € für eine Projektlaufzeit von 4 Jahren wird zugestimmt, vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln über die Richtlinie „1000 Moore“.

Abstimmungsergebnis

Ja 21, Nein 0, Enthaltung 0, Befangen 0

7. Klimaschutzprogramm 2025-2030 Vorlage: B 036/2026

Frau Wesselmann erläutert das Klimaschutzprogramm entsprechend der Vorlage. Herr Ostermann weist darauf hin, dass die Annahmen zur Elektrifizierung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Seite 31 der Vorlage angepasst werden sollten, da die Elektrifizierung der RB 64 zwischen Münster und Enschede für 2032 vorgesehen sei. Udo Schneiders ergänzt, dass Zeitangaben der Deutschen Bahn oft unzuverlässig seien, jedoch eine Fußnote zur Klarstellung eingefügt werden könne. Herr Fluchtmann regt an, dem Thema Energieeinsparung mehr Gewicht zu verleihen, da dies den Druck auf den Ausbau erneuerbarer Energien mindern könne. Er schlägt vor, Einsparpotenziale in einem eigenen Maßnahmenblock zu bündeln. Frau Wesselmann entgegnet, dass Effizienzmaßnahmen, insbesondere im Gebäudesektor, bereits berücksichtigt seien. Herr Grunendahl bittet Frau Wesselmann, die drei größten Erfolge der letzten fünf Jahre zu benennen. Frau Wesselmann nennt den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere im Bereich Windenergie, das erfolgreiche Kreis Steinfurter Bürgerwindmodell und die etablierten Strukturen wie das Amt für Klimaschutz und den Energielandverein. Herr Vogt erkundigt sich nach den Grundlagen der Berechnungen für das Ausbaupotenzial von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen. Er möchte wissen, welche Flächen in die Berechnungen einbezogen und welche ausgeschlossen worden seien. Frau Wesselmann erläutert, dass das Solarkataster alle theoretisch geeigneten Flächen erfasse. Allerdings könnten bauliche Gegebenheiten, wie die Statik der Gebäude, nicht berücksichtigt werden. Herr Schare erkundigt sich nach den Methoden des Monitoring. Frau Wesselmann erläutert, dass das Monitoring der kreiseigenen Gebäude im Amt für Gebäudemanagement verankert sei. Darüber hinaus setze das Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein webbasiertes Programm ein, mit dem die Endenergieverbräuche erfasst und Emissionen berechnet werden.

.

I. Beschlussvorschlag für den Kreistag

1. Der Kreis Steinfurt hält am Ziel „Klimaneutralität 2040“ fest und wird auch in Zukunft im Rahmen seiner Möglichkeiten Ressourcen zur Erreichung dieses Ziels zur Verfügung stellen. Für die aktuelle Legislaturperiode wird dies konkretisiert im Klimaschutzprogramm 2025-2030 (vgl. Anlage 1)
2. Das Klimaschutzprogramm 2025-2030 wird in der Fassung beschlossen, wie sie als Anlage 1 zur Vorlage B 036/2026 beigefügt ist.

Abstimmungsergebnis

Ja 19, Nein 2, Enthaltung 0, Befangen 0

8. Klimafonds Förderung 2026 - inhaltliche Ausrichtung Vorlage: B 042/2026

Die Vorstellung erfolgt durch Frau Wesselmann entsprechend der Vorlage. Herr Kunz bittet um Änderung des Textes in der Form, dass ein Antrag nicht pro Privatperson, sondern pro Haushalt gestellt werden könne. Frau Wesselmann stimmt dem zu. Herr Ostermann bringt ein, dass die Berater eine BAFA-Zulassung haben sollten. Die Anforderungen werden laut Frau Wesselmann bewusst offener gestaltet, damit auch Handwerksbetrieben die Möglichkeit gegeben wird, eine förderfähige Beratung durchzuführen. Herr Reinke bittet noch um eine aktualisierte Liste der Fachberater im Internet.

I. Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss

Die Mittel (75.000 €) des Klimafonds 2026 werden für zwei Zielgruppen verfügbar gemacht:

Förderbereich A - Förderung für Privatpersonen

Gefördert wird eine Fachberatung zum Einsatz von Wärmepumpen in Bestandsgebäuden. Antragsberechtigt sind volljährige Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Doppelhaushälften mit Standort im Kreis Steinfurt. Pro Privatperson wird maximal ein Antrag gefördert. Die Förderquote wird auf 80% der anerkannten Kosten begrenzt, maximal jedoch 250 €. Für diesen Förderbereich stehen 40.000 € zur Verfügung. Das Beratungsunternehmen wird von den Eigentümern selbst gewählt.

Förderbereich B – Förderung für gemeinnützige Einrichtungen für Kinder und ältere Menschen

Gefördert werden natürliche Maßnahmen, die dabei helfen, Gebäude und Außenflächen besser vor Hitze zu schützen, insbesondere durch Begrünung. Ziel ist eine Sensibilisierung für und konkrete Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Die Förderung richtet sich vor allem an Kindergärten, Grundschulen, Senioreneinrichtungen und Pflegeheime im Kreis Steinfurt. Anträge können von gemeinnützigen Vereinen und gemeinnützigen GmbHs (gGmbH) gestellt werden. Dafür ist ein aktueller Nachweis der Gemeinnützigkeit (Freistellungsbescheid vom Finanzamt) erforderlich. Pro Einrichtung kann ein Antrag gestellt werden. Die maximale Förderung beträgt 500 Euro. Insgesamt stehen 35.000 Euro zur Verfügung.

Sollte ein Förderbereich überzeichnet sein und der andere nicht voll ausgeschöpft werden, sind die jeweiligen Förderbudgets gegenseitig deckungsfähig.

Abstimmungsergebnis

Ja 18, Nein 3, Enthaltung 0, Befangen 0

9. Informationen

9.1. Aktuelles aus dem Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit Vorlage: I 020/2026

Frau Wesselmann berichtet anhand der Vorlage. Herr Ostermann hätte gerne den Zuwachs der Wärmepumpen erfasst und schlägt vor, eine Auskunft über die Schornsteinfeger anzufordern. Eine Erhebung der Daten von den Schornsteinfegern komme laut Frau Wesselmann nicht in Betracht, da dies mit sehr hohen Kosten verbunden sei. Frau Wesselmann trägt die in Anlage 3 hinterlegte Präsentation zum Thema Bürgerenergiegenossenschaften vor.

9.2. Klimaschutzbericht 2025 Vorlage: I 024/2026

Frau Wesselmann leitet das Thema ein, indem Sie auf den Klimaschutzbericht (Anlage 4) und auf die bereits in vorherigen Ausschüssen behandelten Inhalte verweist. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Photovoltaik und Windenergie, laufe erfolgreich, würde aber aktuell nicht ausreichen, um die Ziele für 2040 erreichen zu können. Herr Brehe fragt nach, wie sie den Ausblick der kommenden Jahre einschätzen würde. Hier erläutert Frau Wesselmann, dass aktuell viele Gesetze in der Schwebe seien, ein Wegfall von Förderungen einen Einbruch bringen könnte und dass die rechtlichen Rahmenbedingungen Unsicherheiten auslösten. Problematisch dazu sei laut Herrn Schneiders zudem der vernachlässigte Netzausbau im Mittelspannungsnetz, was einen Ausbau von Photovoltaik auf Dachflächen in ländlichen Gegenden erschweren würde.

9.3. Information zum aktuellen Stand der Waldstrategie Kreis Steinfurt Vorlage: I 029/2026

Herr Schneiders teilt mit, dass die Arbeiten an der Waldstrategie noch nicht fortgesetzt worden seien, da auf die Veröffentlichung der Landeswaldstrategie gewartet werde, die in Kürze erfolgen solle. Frau Wellmeier äußert den Wunsch, bereits in der nächsten Ausschusssitzung erste Informationen zu erhalten. Herr Schneiders entgegnet, dass er hierzu keine Zusage machen könne. Dies ließen die Arbeitskapazitäten im Amt nicht zu. Nach den Sommerferien sollen jedoch erste Informationen weitergegeben werden.

9.4. Information zum aktuellen Stand der Landschaftsplanung im Kreis Steinfurt

Vorlage: I 030/2026

Herr Schneider stellt die in Anlage 5 einzusehende Präsentation vor. Herr Grunendahl erkundigt sich nach dem Fließgewässerentwicklungsprogramm im Hinblick auf die Tecklenburger Vorfluter. Vor den Unterarbeitskreisen sollen, laut Herrn Schneiders, Gespräche mit den Flächeneigentümern und den Unterhaltungsverbänden geführt werden, um diese vorab zu informieren. Zudem bittet er die Fraktionen, bis Ende Mai einen Vertreter und ggf. einen Ersatzvertreter für die Unterarbeitskreise zu benennen.

10. Anfragen

Frau Wellmeier leitet die Diskussion mit einer Frage zum Repowering von Windkraftanlagen ein und thematisiert die Unsicherheiten bezüglich der Ausgleichsflächen, die ursprünglich für die Errichtung der Anlagen vorgesehen waren. Herr Schneiders erläutert, dass Ausgleichsmaßnahmen für Windkraftanlagen regelmäßig befristet seien, da Ausgleichsmaßnahmen an die Dauer des Eingriffs gebunden seien. Daher könnten Ausgleichsflächen im Zuge des Repowering entbehrlich werden. Betreiber würden aber durchaus die entstandenen Werte von Kompensationsflächen anerkennen und nach Möglichkeiten suchen, diese Flächen langfristig zu sichern. So werden diese Flächen teilweise als Kompensationsflächen durch die Naturschutzstiftung des Kreises gesichert.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Kai Brehe
Vorsitzender

Meike Graefe
Protokollführerin